

# Frankfurter Rundschau

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG



## Jagd ohne Fuchs

Die Jagd mit der Hundemeute auf Füchse ist in England verboten – aber es gibt Ersatz.  
— Rundschau · Seite 8



## Teure Tore zur Welt

Die deutschen Häfen setzen auf Erweiterung – und machen sich damit zunehmend Konkurrenz.  
FR:PLUS Wirtschaft · Seiten 23 bis 28



## Hertha stolpert

Nach dem 0:1 gegen Rapid Bukarest ist bei Hertha BSC mächtig Feuer unterm Dach.  
— Sport · Seite 20

Freitag, 17. Februar 2006 | D-Ausgabe

www.fr-aktuell.de

D 2972 | Jahrgang 62 | Nr. 41/7 | Preis: 1,30 Euro

### ÜBERBLICK

**Mercedes mit Verlust**  
Der Stern verblasst: Gut eine halbe Milliarde Euro Verlust weist der Autobauer Mercedes für 2005 aus. Wegen dieses Fehlbetrags zahlt der Mutterkonzern Daimler-Chrysler im Inland keine Steuern.  
— Wirtschaft · Seite 10



**Brit Awards: Junge vorn**  
Coldplay-Sänger Chris Martin überraschte bei der Londoner Musikpreisverleihung: Seine Band plant eine lange Pause. Preise sahen die Kaiser Chiefs ab.  
— Aus Aller Welt · Seite 14

**Die Schuld einer Bank**  
Die Dresdner Bank pflegte eine Nähe zum NS-Regime, die „in offene Mittäterschaft“ mündete. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie, die am heutigen Freitag in Berlin vorgelegt wird.  
— Thema des Tages · Seite 2

**Satire-Museum**  
Frankfurt soll ein räumlich eigenständiges Museum für Komische Kunst bekommen. Kulturdezernent Hans-Bernhard Nordhoff (SPD) plant eine „Caricatura“ Freilich: Es gibt offene Fragen.  
— Region · Seite 19

**Staat und Religion**  
Das Grundgesetz bestimmt den Staat neutral. Das heißt nicht, dass er ohne Werte ist. Worauf die gründen, erläutert die Richterin am Bundesverfassungsgericht Christine Hohmann-Dennhardt.  
— Dokumentation · Seite 7



**Öko-Energie boomt**  
Solarmodule (unser Bild) sind ein Exportschlager. Die Ökoenergie-Branche boomt – im Inland trägt sie inzwischen 10,2 Prozent zur Stromerzeugung bei.  
— Wirtschaft · Seite 9

### INHALT

Wetter	28
Leserbriefe	8
SUDOKU	8
Wirtschaft	9 – 13
Aus Aller Welt	14
Medien und Fernsehen	17, 18
Frankfurt und Hessen	19
Sport	20 – 22

### Frankfurter Rundschau

60266 Frankfurt am Main  
Telefon 069/21 99-1  
Anzeigenannahme:  
Telefon 01803/202020 (9 ct./Min.)  
Fax 069/131 0030  
Abo-Leserservice:  
Telefon 01803/866866 (9 ct./Min.)  
Fax 069/2199-3264  
Internet: www.fr-aktuell.de

Belgien €2,00 · Frankreich €2,00 · Niederlande €2,00 · Spanien €2,20  
Italien €2,20 · Österreich €2,00 · Luxemburg €2,00 · Schweiz CHF 3,50



D 2972

## Dienstleistungen künftig grenzenlos

EU-Parlament billigt umstrittene Richtlinie / Ost-Staaten ablehnend

Die geplante EU-Dienstleistungsrichtlinie hat im Europäischen Parlament in Straßburg eine klare Mehrheit gefunden – allerdings erst nach umfangreichen Korrekturen.

STRASSBURG · Für EU-Staaten dürfte es künftig schwieriger werden, ihre heimischen Handwerker und Unternehmen gegen Konkurrenz aus EU-Nachbarländern zu schützen. Zumindest segnete das Europäische Parlament am Donnerstag mit klarer Mehrheit – 394 Ja-Stimmen bei 215 Ablehnungen – den Entwurf einer EU-Dienstleistungsrichtlinie ab. Das Gesetzeswerk reagiert auf bürokratische Hürden für ausländische Firmen innerhalb der EU. Beispielsweise müssen deutsche Malerbetriebe derzeit ihre Farben in Autos mit belgischem Nummernschild transportieren, wenn sie in Flandern ein Haus renovieren. Andere Staaten verlangen die Übersetzung vieler Dokumente oder bestehen auf langen Voranmeldungen. Das Parlament fügte dutzende Änderungen am ursprünglichen Entwurf der EU-Kommission ein. „Wir haben die Richtlinie vom Kopf auf die Füße gestellt“, warb die sozialdemokratische Berichterstatterin im Parlament, Evelyne Gebhardt,

für den Kompromiss mit den Konservativen.

Der jetzt verabschiedete Text der Richtlinie verzichtet vollständig auf das umstrittene Prinzip des Herkunftslands. Vielmehr steht im Entwurf, dass die EU-Staaten die Dienstleistungsfreiheit respektieren müssen. Einschränkungen sind nur erlaubt, wenn sie keine Auslandsfirma diskriminieren. In einer schwarzen Liste werden ausdrücklich bestimmte Schikanen verboten, etwa besondere Ausweise. Zugleich enthält die Richtlinie eine Reihe von Gründen, die Ausnahmen rechtfertigen wie den Schutz

der öffentlichen Ordnung oder den Umweltschutz. Aus diesem Katalog wurden kurz vor der Abstimmung aber Begriffe gestrichen, zum Beispiel der Verbraucherschutz und die Sozialpolitik. Diese beiden Felder seien ohnehin durch die EU-Verträge geschützt, eine explizite Nennung daher überflüssig, argumentierten die großen Fraktionen.

Von der Öffnung der Märkte für Dienstleister ausgeschlossen sind einige Branchen, etwa das Gesundheitswesen, Zeitarbeitsfirmen oder Verkehrsdienste. Die Sozialdemokraten scheiterten indes mit ihrem Plan, prinzipiell „Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse“, etwa private Wasserbetriebe, auszunehmen.

Grüne und Linke lehnten den Entwurf ab. Abweichend von ihren Fraktionsführungen stellten sich zudem viele osteuropäische Abgeordnete von Konservativen und Sozialdemokraten dagegen. Sie kritisieren die Korrekturen als Versuch der alten EU-Staaten, ihre Märkte abzuschotten. SPD-Chef Matthias Platzeck begrüßte das Votum des EU-Parlaments. Der Einsatz von SPD und Gewerkschaften habe sich gelohnt. DETLEF FECHTNER  
Kommentar Seite 3

### DER ZEITPLAN

■ Die EU-Kommission befasste sich nach der Zustimmung im Europäischen Parlament mit dem Entwurf.

■ Beim EU-Gipfel im Juni beschäftigen sich dann spätestens die nationalen Regierungen mit der Richtlinie. Im Herbst landet sie dann wieder im Parlament zur zweiten Lesung. Die Richtlinie wird wohl kaum vor 2008 in Kraft treten. FED

### Föderalismus

#### SPD und CDU legen Reform-Streit bei

BERLIN · Eine Spitzenrunde von Politikern von Bund und Ländern hat am Donnerstag letzte Streitpunkte in der Föderalismusreform ausgeräumt. Das erklärte der Parlamentarische Geschäftsführer Olaf Scholz (SPD) nach der Sitzung. Die größte Verfassungsreform seit 1949 kann damit wie von der großen Koalition geplant am 10. März in Bundestag und Bundesrat erstmals parlamentarisch beraten werden.

Die Verlagerung von Kompetenzen für die Hochschulen und Bildung auf die Länder sorgt indes für immer neue Kritik an der geplanten Reform. Bildungsverbände und die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) forderten am Donnerstag, das Thema Bildung aus der größten Staatsreform seit 1949 auszuklamern. Grüne und Linkspartei signalisierten, die Reform abzulehnen, wenn der Bund nicht mehr Zuständigkeiten als vorgesehen für die Bildung erhält. DPA  
Seite 4; Kommentar Seite 3

## Folterbilder schockieren

Rotes Kreuz wirft US-Armee Völkerrechtsverstoß vor

Neue Bilder von Misshandlungen im US-Militärgefängnis Abu Ghraib in Irak haben die Kritik am Umgang der USA mit ihren ausländischen Häftlingen deutlich verstärkt.

GENÈ · Das Rote Kreuz wertete die Fotos am Donnerstag als Beleg für einen klaren Verstoß gegen das Völkerrecht. „Die Art der Misshandlungen, die in diesen Bildern zu sehen ist, verletzt eindeutig die internationalen Abkommen, die zum Schutz von Gefangenen im Zusammenhang mit bewaffneten Konflikten geschlossen wurden“, sagte eine Sprecherin des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz. Die Genfer Konventionen untersagen grausame, unmenschliche oder erniedrigende Handlungen. Ein Sprecher von UN-Generalsekretär Kofi Annan forderte eine Untersuchung.

Nach dem australischen TV-Sender SBS veröffentlichte auch die US-amerikanische Web-Site Salon.com bislang unbekannt Bilder

von schweren Misshandlungen in dem Gefängnis durch US-Soldaten. Die Aufnahmen seien in derselben Zeit entstanden wie jene, die 2004 den Folterskandal um Abu Ghraib ins Rollen gebracht hatten.

Zahlreiche arabische Zeitungen veröffentlichten die neu aufgetauchten Bilder auf den Titelseiten. Die USA kritisierten, dass die Szenen gezeigt wurden, obwohl die Vorfälle inzwischen aufgeklärt und geahndet seien. Die irakische Menschenrechtsministerin Nermin Othman sagte, die Zustände in dem Gefängnis hätten sich verbessert.

### UN: Guantánamo schließen

Die UN-Menschenrechtskommission forderte die USA auf, das Gefangenenlager für Terror-Verdächtige in Guantánamo aufzulösen. Zwangsernährung und einige Verhörmethoden kämen Folter gleich, heißt es in einem Bericht der Kommission vom Donnerstag. Seiten 3 und 6

## Silber für die Kombiniierer



Die deutschen Kombiniierer holten bei den Olympischen Spielen in Turin im Teamwettbewerb Silber hinter Österreich. Gold im Biathlon ging an die Französin Baverel-Robert – die deutschen Mitfavoritinnen verpassten die Medaillentränge.

Zudem gab es den ersten Dopingfall: Für die mit einem Stimulanzmittel überführte Biathletin Olga Pylewa hat Martina Glagow die Silbermedaille erhalten. Seiten 20 – 22  
BILD: MARTIN SCHUTT/DPA

## Virusverdacht bestätigt

Labor weist H5N1-Vogelgrippe bei Schwänen nach

Die Bundesregierung rechnet mit einer Ausbreitung der Vogelgrippe in Deutschland. Bei zwei auf Rügen verendeten Schwänen hat sich der Verdacht auf das H5N1-Virus am Donnerstag definitiv bestätigt.

BERLIN · Bundesverbraucherminister Horst Seehofer (CSU) räumte am Donnerstag in einer Regierungserklärung ein: „Wir rechnen nach all der Dynamik auch mit weiteren Fällen in der Bundesrepublik.“ 40 weitere tote Tiere würden im Bundesamt für Tiergesundheit auf der Insel Riems untersucht. Das Institut stellte am Donnerstag in den ersten beiden Verdachtsfällen unzweifelhaft einen Subtypus des auch für den Menschen gefährlichen H5N1-Virus fest, das vor Monaten erstmals in China aufgetreten war.

Seehofer kündigte eine konsequente Kontrolle der Schutzmaßnahmen wie Stallpflicht und Importverbot an. Er bot den Ländern Hilfe bei der Umsetzung an. Die Op-

position bemängelte das Krisenmanagement von Bund und Ländern. Das bayerische Gesundheitsministerium appellierte an die Bevölkerung, nicht jeden toten Vogel bei der Polizei zu melden. Nur ungewöhnliche Beobachtungen wie mehrere tote Wasservögel an einer Stelle sollten mitgeteilt werden. In der russischen Provinz Dagestan starben hunderttausende Hühner an Vogelgrippe. Das Massensterben auf Geflügelhöfen in der Grenzregion zu Aserbaidschan liegt schon zwei Wochen zurück, der H5N1-Erreger konnte erst jetzt nachgewiesen werden, teilten die Behörden am Donnerstag mit. Insgesamt starben 345.000 Tiere, sagte eine Sprecherin in Moskau. In Slowenien wurde H5N1 bei einem toten Schwan bestätigt. Auch im Osten Rumäniens starb in zwei Dörfern Geflügel an dem H5N1-Erreger. Tausende Tiere wurden vorsorglich getötet. VGO/AP  
Seite 5; Kommentar Seite 3

### Grundgesetz

#### Union rückt von Änderung vor WM ab

BERLIN · Die Union rückt von ihrem Ziel ab, bis zur Fußball-Weltmeisterschaft (WM) den Einsatz der Armee zum Objektschutz durch eine Änderung des Grundgesetzes zu ermöglichen. Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU) sagte, es sei fraglich, ob es bis zur WM in Deutschland eine Lösung geben könne. Eine Änderung der Verfassung erfordere eine gründliche Prüfung und sei deshalb kaum mehr zu schaffen. Sein Ministerium prüfe aber weiter, ob eine Abordnung von Soldaten zur Bundespolizei während der WM möglich sei. Die SPD lehnt die Übernahme polizeilicher Aufgaben durch Soldaten ab.

Nachdem das Bundesverfassungsgericht das Luftsicherheitsgesetz kippte, verhandeln Union und SPD über Konsequenzen. CDU-Fraktionschef Volker Kauder geht davon aus, dass die Fachminister noch in dieser Woche das weitere Vorgehen beraten. TM  
Seite 4

### DIE ECKE

#### Das große Krabbeln

TEL AVIV · Restaurantbesucher in Israel müssen nach einem Gerichtsurteil mit lebenden Insekten im Salat rechnen. Ein Gericht in Tel Aviv wies die Klage eines Reservesoldaten gegen einen Schnellimbiss zurück, wie der israelische Online-Nachrichtendienst „ynet“ am Donnerstag berichtete. Der Mann hatte einen Salat bestellt, in dem er mehrere lebende Insekten fand.

Der erboste Esser klagte auf Schadensersatz in Höhe von 17.800 Schekel (mehr als 3000 Euro) wegen einer Magenverstimmung. Der Richter wies dies als Versuch zurück, sich auf Kosten des Restaurants zu bereichern, und verurteilte den Kläger sogar zu einer Strafe von umgerechnet fast 500 Euro. „In einem frischen Salat kann man nicht ausschließen, dass sich hier und dort Insekten einschleichen“, begründete der Richter das Urteil. „Insekten in einem Salat bedeuten nicht, dass dieser verdorben ist.“ DPA

## Was würde Jesus fahren?

Die Evangelikalen Christen in den USA finden allmählich neue Themen: Statt gegen Abtreibung und Schwulenehe kämpfen sie für eine neue Klimapolitik.

VON DIETMAR OSTERMANN

Vor zwei Jahren war Reverend Jim Ball noch ein krasser Außenseiter. Der umweltbewusste Prediger aus Washington und seine Mitstreiter vom Evangelical Environmental Network sorgten in den USA damals mit TV-Spots für Aufsehen, in denen eine simple Frage gestellt wurde: Was würde Jesus fahren? Die Frage zielte auf den Hang der Amerikaner zu großen, durstigen Autos und galt wegen des gewaltigen Medienechos bald als erfolgreichste US-Umweltkampagne seit Jahren. Doch obwohl rund 1900 Zeitungen und 400 TV-Sender berichteten, war die Resonanz unter evangelikalen Christen zu-

rückhaltend. Kaum jemand verzichtete aus Sorge um die Schöpfung auf den Geländewagen. Konservative Evangelikale attackierten Ball, er möge sich lieber um die Rettung von Seelen kümmern, statt um die der Natur.

Aufgegeben aber hat der Öko-Prediger nicht. Und jetzt melden sich wieder evangelikale Christen mit TV-Spots und Anzeigen zu Wort: „Unser Bekenntnis zu Jesus Christus zwingt uns, die Krise der globalen Erderwärmung zu lösen“, heißt es da. Und: „Nach erheblichem Studium, Reflexionen und Gebeten sind wir jetzt überzeugt, dass es für unser Land an der Zeit ist zu helfen, das Problem der Erderwärmung zu lösen.“

Der Aufruf kommt nicht ganz so griffig daher wie die eingängige „What would Jesus drive“-Kampagne. Dafür zählen diesmal einige der prominentesten Evangelikalen zu den Unterzeichnern. Vor allem ein Name elektrisiert: Rick Warren. Der 51-Jährige ist so etwas wie ein Superstar der evangelikalen Bewegung in den USA. Er predigt nicht nur jedes Wochenende in der Saddleback-Megachurch im kalifornischen Lake Forest vor 22.000 Menschen. 600 Pastoren haben ihn in einer Umfrage nach Billy Graham zum einflussreichsten Prediger des Landes erklärt. Warren schmückte das Titelblatt von Time, als das Magazin unlängst die 25 wichtigsten Evangelikalen vorstellte. Seine Bücher haben mehr als 20 Millionen Menschen gelesen. Am Vorabend seiner zweiten Amtseinführung betete Präsident George W. Bush mit Warren.

Wenn so einer jetzt dazu aufruft, „mit der gleichen Liebe zu Gott und den Nachbarn“ nicht nur für traditionelle Themen der Evangelikalen einzutreten, sondern eben auch den Klimawandel zu bekämpfen, hat das Gewicht. Rund



Der US-Evangelikale Rick Warren predigt plötzlich Umweltschutz.

drei Dutzend Präsidenten christlicher Hochschulen schlossen sich dem Aufruf an. Insgesamt haben 86 Prominente die von Jim Ball ins Rollen gebrachte Evangelikale Klimainitiative unterzeichnet. Der Aufruf ist der bislang deutlichste Ausdruck für ein Umdenken in der einflussreichen evangelikalen Bewegung in den USA. Die machte in der Vergangenheit vornehmlich mit anderen Themen Schlagzeilen: dem Kampf gegen Abtreibung, Schwulenehe, Stammzellforschung und Darwin. Sie bildet den Kern der christlichen Rechten in den USA und gilt als wichtiger Wählerblock des Präsidenten. Für Umweltthemen hatte man bislang wenig übrig. Auch jetzt sprachen sich andere evangelikale Führer wie James Dobson gegen die Initiative aus. Immer mehr Evangelikale aber wenden sich neuen Themen wie Armut und Aids zu.